

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

23.4.1929 (No. 94)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14, Postfach Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zeitanzeiger für Deutsches, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amerika und die Abrüstung

Hoover gegen Verschiebungstaktik

Die Vorbereitende Abrüstungskommission in Genf vernahm am Montag ganz unerwartet eine lange, hochbedeutende Rede des amerikanischen Delegierten Gibson zur Flottenabrüstung. Der neue amerikanische Präsident Hoover benutzte damit die Gelegenheit, um den Standpunkt seiner Regierung zur ganzen Abrüstungsfrage neu und präzisier zu formulieren.

Gibson erklärte u. a., es sei oberste Pflicht, nach den Zugeständnissen zu suchen, die man machen könne. Nur durch ein Maximum an Zugeständnissen könne eine Verständigung erzielt werden. Die Verteidigung der Vereinigten Staaten sei in erster Linie ein maritimes Problem. Die amerikanische Delegation sei daher in der Lage, den in erster Linie an der Landabrüstung interessierten Staaten solche Zugeständnisse zu machen, die, wie er glaube, eine Verständigung erleichtern würden.

Zur Lösung der Frage der Seecapitalien der Großmächte sei die einfachste, leichteste und am meisten praktische Methode die Beschränkung nach der Tonnage der einzelnen Schiffskategorien. Da jedoch dieser Grundgedanke für einige Delegationen unannehmbar gewesen sei, sei die amerikanische Regierung auch bereit, den französischen Vorschlag über die teilweise Auswechselfähigkeit der Tonnage zwischen den einzelnen Schiffskategorien als Diskussionsgrundlage anzunehmen. Die quantitative Regelung müsse aber der Abrüstungskonferenz vorbehalten bleiben. Präsident Hoover sei der Meinung, daß der Kriegsausgangstaktik eine noch nie dagewesene Gelegenheit gebe, die Sache der Abrüstung vorwärts zu bringen, eine Gelegenheit, die keine Verschiebung zulasse.

Die Erklärungen des amerikanischen Hauptdelegierten hatten zur Folge, daß die Vertreter Englands, Japans, Kanadas, Frankreichs, Italiens und Sowjetrusslands sich ebenfalls zum Abrüstungsproblem in seiner Gesamtheit und namentlich in bezug auf die Seecapitalien äußerten, in der Hauptsache freilich platonische Versicherungen abgaben. Litwinow gab der Meinung Ausdruck, daß sich die amerikanischen Vorschläge im Prinzip mit den sowjetrussischen Vorschlägen decken und wies insbesondere darauf hin, daß auch Amerika mit Nachdruck von der Notwendigkeit gesprochen habe, nicht die Dismittierung, sondern die tatsächliche Herabsetzung der Rüstungen zu behandeln. Die Ansprache gebe allerdings jedoch nicht das Recht, vom Pessimismus zum Optimismus überzugehen.

Chamberlain über die Mandatsfrage

Im englischen Unterhaus erklärte Außenminister Chamberlain auf eine Anfrage, die Mandate über die ehemaligen deutschen Kolonialgebiete, die auf dem Versailler Vertrag und nicht auf dem Völkerbund beruhen, seien den jetzigen Inhabern endgültig zugeeignet worden. Sowie er wisse, sei niemals zum Ausdruck gebracht worden, daß einer der Mandatäre seiner Verantwortung entgehen zu werden wünsche. Die britische Einstellung sei Deutschland zur Zeit der Konferenz von Locarno auseinandergesetzt und seitdem wiederholt dargelegt worden.

Chamberlain fuhr fort: Für den unwahrscheinlichen Fall, daß eines der jetzigen Mandate frei wird, wären wir bereit, den Anspruch Deutschlands ebenso wie jeder anderen großen Völkerbundsmacht in Erwägung zu ziehen. Für diese rein hypothetische Möglichkeit könnten wir im Voraus jedoch keine Verpflichtung übernehmen. Chamberlain erklärte zum Schluß, seines Wissens sei die Angelegenheit seit den Locarno-Verhandlungen nicht eigentlich zur Erörterung gestanden, wenigstens seit damals zweifellos hin und wieder darauf Bezug genommen worden sei.

Chamberlain sagt also, daß die deutschen Kolonien durch den Versailler Vertrag endgültig und für immer den derzeitigen Mandatsinhabern übergeben worden seien. Nur für den Fall, daß ein Mandatsinhaber freiwillig verzichte, den aber Chamberlain selbst als unwahrscheinlich bezeichnet, habe Deutschland Aussicht, wieder eine seiner Kolonien zu erhalten.

Die in Amerika beschlagnahmten deutschen Schiffe

Die juristischen Vertreter der deutschen Schiffsahrtsgesellschaften haben in Washington einen Schriftsatz über die Bewertung der während des Krieges in Amerika beschlagnahmten deutschen Schiffe eingereicht. Der Schriftsatz, der 400 Seiten umfaßt, reiches statistisches und literarisches Material enthält, und von Oberlandesgerichtsrat v. d. Decken als Vertreter der beteiligten Gesamtinteressen, von Rechtsanwalt Kneiser für die Hagap und Rechtsanwalt Strube für den Norddeutschen Lloyd unterzeichnet ist, tritt für erhebliche über den Friedenspreis liegende Werte ein.

Der von der amerikanischen Regierung eingebrachte Gegen-schriftsatz zählt die verminderten Faktoren auf, insbesondere den beschädigten Zustand der Schiffe und die teilsche Lage des internationalen Schiffsahrtsmarktes bei Kriegsende.

Die zweite Mittelmeerfahrt des „Graf Zeppelin“

W.E. Friedrichshagen, 23. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat heute mittag, 13.32 Uhr, die Gärten wegen der ungünstigen Witterung in Spanien verschobene zweite Mittelmeerfahrt, welche das Schiff nach dem westlichen Mittelmeer führen wird, angetreten.

Der türkische Außenminister ist in Berlin eingetroffen. Er wurde heute, Dienstag, nebst dem Generalsekretär Kemal Paschas vom Reichspräsidenten empfangen.

Letzte Nachrichten

Die heutige Reichstagsitzung

Beginn der zweiten Sitzungsperiode

W.D. Berlin, 23. April. (Tel.) In der um 14 Uhr beginnenden Reichstagsitzung sollen zunächst kleinere Vorlagen erledigt werden, nämlich die Abfindung der Standbesitzer, das Zivilprozessabkommen mit Rumänien, der Weltvertrag und das internationale Übereinkommen über Freifahrt von Wundschiffen für Heimarbeit. Die dann auf der Tagesordnung stehende zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1929 beginnt mit dem Etat des Reichspräsidenten, dann folgt der des Reichstages und ferner der Etat des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichsanzeiger, an dessen Beratung sich die übliche politische Aussprache knüpfen dürfte. Reichskanzler Müller selbst hat nicht die Absicht, zu sprechen, er steht aber natürlich bereit, um in die Debatte einzugreifen, falls sich das als notwendig erweisen sollte.

Während und nach den Plenarberatungen finden im Reichstag noch wichtige Besprechungen von Ministern mit den Parteiführern statt. So beabsichtigt Reichsfinanzminister Dr. Sifferting mit den Vertrauensleuten der Fraktionen die gespannte Kassenlage des Reiches zu besprechen, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius die Gestaltung des endgültigen Reichswirtschaftsplanes, und Reichsinnenminister Eberling seinen Etat, die Demonstrationsverbote und ähnliche Fragen.

Die Haltung der deutschen Sachverständigen

Erklärungen von Geheimrat Dr. Bögl

W.D. Paris, 23. April. (Tel.) „Chicago Tribune“ veröffentlicht Aufzeichnungen, die Geheimrat Dr. Bögl einem ihrer Vertreter nach seiner und Dr. Schachts Rückkehr abgegeben hat. Dr. Bögl habe erklärt, die deutschen Zahlen könnten nicht erhöht werden, wenn es geschehe, dann würde Deutschland die Summen nicht zahlen können, denn sie würden seine Zahlungsfähigkeit übersteigen. Dr. Bögl habe besonders hervorgehoben, daß die Reichsregierung Dr. Schacht und ihm keinerlei Beschränkungen auferlegt habe. Die deutschen Delegationen würden weiterhin nach eigenem Ermessen handeln.

Auf die Frage, was eintreten würde, wenn die Konferenz scheitern sollte, habe Dr. Bögl geantwortet: „In diesem Falle wird der Dawesplan weiterhin in Kraft bleiben. Wir wollen soviel bezahlen, als wir können, aber wir können nicht soviel zahlen, wie man von uns gefordert hat. Wir können jederzeit nachweisen, wie groß unsere Produktionsmöglichkeit ist.“ Dr. Bögl habe auch den amerikanischen Gesichtspunkt erörtert. Aber Amerika sei so reich und so prosperierend, daß es nur schwer die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen habe, zu empfinden vermöge. Die amerikanischen Wirtschaftler hätten ein hohes Verantwortlichkeitsgefühl, sie könnten aber nicht leicht die Schwierigkeiten des Lebens in Deutschland und die Lage der deutschen Wirtschaft und Industrie, der es durchaus an Rohstoffen fehle, verstehen. Die Vereinigten Staaten könnten ein Land nicht ganz verstehen, das durch einen schrecklichen Krieg und eine ganze Reihe wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen heimgegriffen worden sei. Das seien Wunder, die sehr langsam heilen.

Die Regierungsbildung in Oesterreich

Dr. Ender lehnt das Bundeskanzleramt ab

W.D. Innsbruck, 23. April. (Tel.) Der „Tiroler Anzeiger“ meldet aus Bregenz: Der zum Bundeskanzler designierte Landeshauptmann von Vorarlberg, Dr. Ender, hat an den Obmann des Christlichsozialen Klubs im Nationalrat in Wien das Entschuldigungs- und seiner Person abzusehen, da die schwere Erkrankung seiner Frau, die wegen einer Blinddarmentzündung operiert werden mußte, eine längere Entfernung von den Geschäften bedingt.

Für Ender, der der christlichsozialen Partei angehört, hatten sich besonders die Heimwehren ausgesprochen. Mit Rücksicht auf die starke Mißstimmung, die sich bei den Großdeutschen und Landbund gegen die ohne ihre Zustimmung erfolgte Kandidatur Dr. Enders fühlbar machte, war es von vornherein keineswegs sicher, ob sich Dr. Enders zur Annahme des Kanzlerpostens entschließen werde.

Kroaten und Mazedonier

W.D. Belgrad, 23. April. (Tel.) Die Wälder berichten, daß der südslawische Gesandte in Sofia, Reschitsch, den angeordneten Auftrag erhalten hat, wegen der Ereignisse in Sofia (kroatisch-mazedonische Verbrüderung gegen Belgrad), anlässlich des Aufstehens des früheren kroatischen Abgeordneten Dr. Pabelitsch einen Schritt zu unternehmen. Wie die „Politika“ weiter berichtet, wird der Staatsanwalt gegen Dr. Pabelitsch Anklage wegen Hochverrats erheben. Pabelitsch hat in einer in Sofia gehaltenen Rede nach den Wäldern u. a. erklärt, die Kroaten, unter der gleichermachen die Kroaten und die Mazedonier leiden, sei schrecklicher als die hundertjährige Knechtschaft unter der Türkei. Es habe keinen Sinn mehr, einen Kampf mit legalen Mitteln zu führen. Nach den zehnjährigen Erfahrungen mit Belgrad bleibe nur der illegale Kampf übrig.

Die Vorgänge im Militärlazarett von Chalons

W.D. Paris, 23. April. (Tel.) Kriegsminister Painlevé hat zur Aufklärung der angeblichen Soldatenmishandlungen im Militärlazarett von Chalons durch den leitenden Arzt eine Untersuchung eingeleitet.

* Heute Entscheidung

Heute muß in Paris die Entscheidung darüber fallen, ob die Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz fortgesetzt werden können oder nicht. Im zweiten Falle würde die Konferenz einen Endbericht entwerfen und ihn den beteiligten Regierungen unterbreiten. Es ist kaum daran, zu zweifeln, daß sich die deutsche Delegation an der Abfassung dieses Berichts beteiligen wird. Er würde die Auffassung der Gläubigerstaaten, die Auffassung der deutschen Delegation und wohl noch eine Art Vermittlungsvorschlag der Amerikaner enthalten. Sache der Regierungen wäre es dann, zu diesem Bericht Stellung zu nehmen. Natürlich ist kaum anzunehmen, daß sich die Regierungen einigen werden, nachdem die Sachverständigen eine solche Einigung nicht fertig gebracht haben. Praktisch würde also das Dawesabkommen wieder in den Vordergrund treten: nach dem Wortlaut dieses Abkommens müßte die Reparationsfrage einstweilen weiter behandelt werden.

Die Auffassungen, ob die Verhandlungen der Reparationskonferenz fortgesetzt werden können oder nicht, waren gestern und heute vormittag sehr geteilt. Als sehr bedeutsam wurde die Tatsache empfunden, daß die deutsche Delegation unter Führung Dr. Schachts, der inzwischen der Reichsregierung in Berlin Bericht erstattet hatte und wieder nach Paris zurückgekehrt war, in ihrer Selbstständigkeit durchaus unbeschränkt bleibt, daß also die von der französischen Presse erwartete Desavouierung Schachts ausgeblieben ist, daß aber nach wie vor die deutsche Delegation zu Verhandlungen bereit ist. Dementsprechend hatte gestern Dr. Schacht mit dem Vorsitzenden der Reparationskonferenz, dem Amerikaner Owen Young, Fühlung genommen, und nicht nur mit ihm selbst, sondern auch mit den Herren der französischen Delegation. Wie es heißt, hätten Owen Young und die beiden Franzosen nach diesen Besprechungen einen Zusammenbruch der Konferenz nicht für durchaus nötig gehalten.

Inzwischen hatte auch der französische Ministerpräsident wieder das Wort ergriffen. Es ist anzuerkennen, daß er sich einer maßvollen Tonart befleißigt und ein direktes Eingreifen in die Verhandlungen der Konferenz vermieden hat. Aber er bleibt doch bei seinem Standpunkt, daß Deutschland genau so viel und genau so lange (also 58 Jahre lang) bezahlen solle wie die Alliierten auch, und daß daneben noch eine runde Kriegsschadenssumme für Frankreich herauspringen müsse. Erstauskunft ist die Äußerung Poincarés, daß er von dem Ingeklungenbleiben des Dawesabkommens für Frankreich nichts befürchte, da seiner Meinung nach die Berechnung der Annuitäten nach dem deutschen Wohlstandsindex sehr bald zu höheren Zahlungen an Frankreich führen werde! Das ist eine so unbegreifliche Überschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit, daß man dazu nur den Kopf schütteln kann.

Bis zur Stunde haben die Amerikaner bei der Durchführung ihrer Vermittlerrolle eine Taktik verfolgt, die beiden Seiten gerecht zu werden versucht, im ganzen aber wohl den Forderungen der Gläubigerstaaten etwas mehr entgegenkommt. Mit den bekannten Erklärungen des Senators Borah, des Vorsitzenden der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, läßt sich das wenig zusammenreimen. Auch neuerdings hat Herr Borah wieder Erklärungen abgegeben, die von Frankreich wohl beachtet werden sollten. Nach diesen Erklärungen plane Borah, die formelle Aufhebung des Mellon-Wrenger-Abkommens zu verlangen, falls es von Frankreich nicht bald ratifiziert werde, ferner wolle er auf Zahlung der Summe von 400 Millionen Dollars für das von Frankreich den Vereinigten Staaten abgekauft Kriegsmaterial bestehen. Senator Borah finde einen bemerkenswerten Unterschied in Frankreichs Standpunkt in bezug auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit und in bezug auf seine eigene Fähigkeit, seine Schulden an Amerika zu zahlen. Frankreichs Wunsch, Deutschland zu strafen, basiere auf dem Artikel 230 des Versailler Vertrages, aber jetzt werde von vielen Leuten zugegeben, daß gewisse französische Staatsmänner sowie die russische Regierung und das Volk zur Herbeiführung der Weltkriegskatastrophe beigetragen haben, und daß Deutschland nicht allein verantwortlich sei!!

Sehr interessant ist eine Äußerung, welche der berühmte englische Volkswirtschaftler Keynes im heutigen „Daily Express“ publiziert. Sie lautet, die Transferfrage könne überhaupt noch nicht beurteilt werden, da Deutschland bis-

her von Amerika geborgt habe. Er erwarte in allernächster Zeit eine Transferfrist, die durch Scheitern der Pariser Konferenz noch beschleunigt werden würde; von Deutschland könne nicht verlangt werden, daß es den Transferfrisch ohne eine sehr erhebliche Herabsetzung der Forderungen auf alliierter Seite aufgeben. Das sind sehr bemerkenswerte Äußerungen. Also Transferfrist, d. h. Zahlungsfrist in Deutschland, wenn die Konferenz aufhört und man zum Dawesabkommen zurückkehrt.

Wiederzusammentritt des Reichstags

Die Montagssitzung
Nach den verlängerten Osterferien trat am Montag der Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Sie verlief kurz und schmerzlos. Auf der Tagesordnung standen nur Verträge und Vorlagen, die normalerweise keine großen Debatten hervorrufen.

Die Kommunisten markierten Arbeitseifer. Sie verlangten zu Beginn der Sitzung eine große politische Ansprache über die inzwischen erfolgte Umwandlung des Kabinetts. Außerdem wollten sie Anträge auf Aufhebung des Demonstrationsverbots am 1. Mai und auf Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen mit den Reichsarbeitern zur Beratung bringen. Sie fanden damit keine Gegenliebe, aber Präsident Loh tröstete sie damit, daß ja am heutigen Dienstag bei der Beratung des Etats des Reichstanzlers eine ausgiebige politische Ansprache geführt werden könnte.

Am Montag wurden ohne große Debatte die deutsch-italienischen Verträge und Abkommen in zweiter und dritter Beratung, die deutsch-rumänische Erklärung über die Wiederinkraftsetzung der Zivilprozessbestimmungen des Haager Abkommens, der Weltfunkvertrag und das internationale Übereinkommen über die Einrichtungen von Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in erster und zweiter Beratung angenommen.

Das internationale Opiumabkommen wurde dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Schließlich wurde noch in dritter Beratung die Novelle angenommen, durch die die Wahlperiode der Arbeitskammern im Bergbau auf vier Jahre verlängert wird.

Auf der Tagesordnung der heutigen Dienstagssitzung, die um 2 Uhr beginnt, steht neben kleineren Vorlagen die 2. Beratung des Etats für 1929.

Die Mainzer Spionageaffäre

Wie die „A. F.“ aus Koblenz erzählt, steht die Hauptverhandlung gegen die wegen angeblicher Spionage seit nunmehr fünf Monaten im Untersuchungsgefängnis des Militärgerichts Mainz in Haft gehaltenen und seit einem Monat bereits in Anklagezustand versetzten deutschen Beamten vom Reichsvermögensamt Koblenz und vom Reichsvermögensamt Mainz kurz bevor. Ein genauer Termin ist nach Lage der Dinge vorläufig nicht in Erfahrung zu bringen, da Spionagefälle gegen Deutsche ohne Verbindung mit den deutschen Behörden und ohne Zulassung eines deutschen Verteidigers verfolgt werden. Am 22. April ist, wie nunmehr feststeht, noch ein Aktenverlesungstermin, ein Umstand, der über die Sicherungen der Kriegsverkehrsbehörden auf baldige Anberaumung des Hauptverhandlungstermins berechtigter Zweifel aufkommen lassen kann.

Nachruf für Prinz Heinrich von Preußen. Reichswehrminister Gröner veröffentlicht im „Heeres- und Marineverordnungsblatt“ für den verschiedenen Großadmiral und Generaloberst (mit dem Rang als Generalfeldmarschall) Heinrich Prinz von Preußen einen Nachruf, in dem es heißt: „Aber vier Jahrzehnte hat er der alten Marine angehört und sich um ihren Aufbau und um ihre Schlagfertigkeit in hervorragenden Stellungen, zuletzt als Chef der Hochseeflotte, unvergängliche Verdienste erworben. Im Kriege hatte er als Oberbefehlshaber der Ostflottenkräfte an der Verteidigung des Vaterlandes bedeutenden Anteil.“

Badischer Kunstverein

Anläßlich der Karlsruher Herbsttage findet im Bad. Kunstverein, Karlsruhe, Waldstr. 3, in der Zeit vom 21. September bis 10. Oktober 1929 eine Ausstellung „Kunst und Kunst am badischen Oberrhein vom Koblenz bis Ried“ statt. In der Generalversammlung vom 21. März 1929 wurde seitens eines Künstlermitgliedes die Anregung gegeben, zu gemeinsamen Ausstellungen unter einem bestimmten Motto zu veranstalten. Obgleich der Kunstverein bisher davon abließ, Richtlinien für Ausstellungen aufzustellen und damit die Künstlergemeinschaft an ein gewisses Thema zu binden, beabsichtigt er für die diesjährige Herbstausstellung, obige Ausstellung zu veranstalten. Bei gutem Erfolg soll im nächsten Jahre eine solche Ried-, Tauber- und Maingebiet umschließende folgen.

Der Kunstverein bittet die Künstlerchaft Baden, sich an der Veranstaltung zahlreich zu beteiligen. Es werden nur Werke in Baden lebender Künstler zugelassen; diese Werke sollen im besonderen umfassen: Portraits bedeutender badischer Persönlichkeiten (soweit sie von noch lebenden Künstlern hergestellt sind) sowohl Plastik wie Gemälde; die landschaftlich malerischsten Punkte; figurliche Darstellungen unter möglichst Veranschaulichung der Trachten des Landes und der Lebensweise der Bewohner; ebenso interessante Interieurs. Bedingung ist neben der Qualität der Werke, daß der Gegenstand der Darstellung dem umschriebenen Gebiete angehört. Die Anzahl der einzuschickenden Werke muß leider des Raumes wegen auf zwei bis drei eines einzelnen Künstlers beschränkt bleiben. Die Auswahl der Werke trifft die Jury des Kunstvereins, die aus den Herren Prof. Nagel, Prof. Wertenberger, Prof. Dr. Bels, den Malern Kupferstein, B. Kusch, Ballischa, Engelhard und Bildhauer F. Hofmann besteht.

Ausnahmsweise wird für angenommene Werke auswärtiger Künstler einfache Hin- und Rückfracht vergütet. Die Werke sind spätestens bis 16. September franco einzuliefern. Einschlussfrist für in Karlsruhe lebende Künstler: 18. September. Anmeldepapiere, die von der Geschäftsstelle (Waldstr. 3) erhältlich sind bis spätestens 10. September einzureichen. Im übrigen gelten die allgemeinen Ausstellungsbedingungen des Kunstvereins. Von Graphit wolle, da von der Bad. Kunsthalle eine Graphitausstellung beabsichtigt, abgesehen werden.

Das Archäologische Institut des Deutschen Reiches

Vor 100 Jahren am 21. April wurde das Archäologische Institut des Deutschen Reiches im Palazzo Caffarelli in Rom gegründet. Die Hundertjahrfeier des Instituts, des ältesten seiner Art, wurde mit einer Festigung im Plenarsaal des Reichstages in Berlin Sonntagabend würdig eingeleitet. Die Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, die offiziellen Vertreter aus allen Herren Ländern, die Diplomaten, die Rektoren der Hochschulen füllten Saal und Logen bis auf den letzten

Lohnerböhung im Ruhrbergbau

Abernahme von Knappschaftsbeiträgen durch das Reich
Im Lohnstreit im Ruhrbergbau wurde am Montag in Essen ein Schiedspruch gefällt, der durch die Kombination mit der von der Reichsregierung beschlossenen Entlastung der Ruhrknappschaft ein ganz besonderes Gepräge bekommt. Es wird eine tatsächliche Lohnerböhung um zwei Prozent vom Schlichter diktiert. Durch Abernahme von Kosten für die Knappschaftsversicherung (Pensionsversicherung der Bergleute) durch das Reich erhöht sich aber der Lohn für die Untertagearbeiter um 5,45 Prozent und um 3,22 Prozent für die Obertagearbeiter.

Die besondere Zuführung von Reichsmitteln an die Ruhrknappschaft geht auf die sogenannte **Leg. Bränning** zurück, in der in § 1 bestimmt wird, daß falls das Einkommen aus der Lohnsteuer im Jahre 1929 oder später den Betrag von 1300 Millionen überschreitet, ein gewisser Betrag zur Erleichterung der knappschaftlichen Pensionsversicherung und zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit dem Reichsarbeitsministerium überwiesen werden kann. Die Reichsregierung und die Regierungsparteien haben sich dieser Lage über die Verwendung des aus dem Überschuss der Lohnsteuer fließenden Betrages dahin geeinigt, daß etwa 40 Mill. Reichsmark zur **Entlastung der Knappschaftsversicherung im Ruhrbergbau** zufließen. Die Knappschaftsbeiträge werden demnach herabgesetzt, daß bei den Untertagearbeitern im ganzen 4,25 Prozent, bei den übrigen Arbeitern 1,25 Prozent des Arbeitsverdienstes vom Reich getragen werden, während sie bisher von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen waren. Davon erhalten die Arbeitnehmer zwei Drittel, die Arbeitgeber ein Drittel. Die Arbeitgeber werden bei den Untertagearbeitern durch diese Regelung um 1,58 Prozent und bei den Obertagearbeitern um 0,58 Prozent entlastet. Diese Regelung findet jedoch ihren Ausgleich in der Lohnerböhung.

77 Prozent der gesamten Belegschaft sind Untertagearbeiter und 23 Prozent Obertagearbeiter. Die Löhne der Obertagearbeiter sind deshalb prozentual nicht so stark gesteigert worden wie die der Untertagearbeiter, weil der Reallohn der erigenannten Kategorie den Friedensstand bereits überschritten hat. Der Schiedspruch läuft vom 1. Mai d. J. ab bis zum 30. September 1930. Dieser Termin ist erstmalig mit sechsmonatlicher Frist kündbar. Er folgt die Kündigung nicht, so läuft er automatisch um je ein halbes Jahr weiter. Die **Erklärungsfrist** für die Parteien ist auf den 29. April, vormittags 10 Uhr, gestellt. Die **Belastung**, die dem Bergbau aus diesem Schiedspruch erwächst, wird durchschnittlich auf 0,65 Prozent beziffert.

Die **Lohnbewegung der Eisenbahner**. Die Zentrale der Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner hat sämtliche Gauleiter aus allen Eisenbahndirektionsbezirken, einschließlich der Gauleiter des 40 000 Mann starken Landesverbandes Bayern, für Donnerstag, den 25. April, nach Berlin berufen, um zu dem Lohnstreit mit der Reichsbahn Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaft sieht die Lage als sehr gespannt an.

Keine Verlängerung der Zuckungsfrist

Nachdem zu den gestellten Anträgen auf Verlängerung der Zuckungsfrist eine Entscheidung immer noch nicht ergangen ist, hat der Verein für den Rheinpfälzischen Weinhandel e. V. in **Reutadt a. d.ardt** durch die Geschäftsstelle Deutscher Weinhandelsverbände in Berlin Informationen einholen lassen und nun die Mitteilung erhalten, daß das Reichsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsernährungsminister und dem Reichsgesundheitsamt die Verlängerung der Zuckungsfrist ablehnt mit der Begründung, daß eine Notwendigkeit für die Verlängerung der Zuckungsfrist nicht vorliege. Nach dieser Mitteilung dürfte kaum damit zu rechnen sein, daß durch den Reichstag eine Verlängerung beschlossen wird.

Der **Nachfolger Reibelstotes**. An Stelle des verstorbenen Lord Reibelstote ist Sir Charles Abbas zum zweiten Delegierten Großbritanniens für die Reparationskonferenz ernannt worden.

Wlad. Unter den Festgästen sah man auch den Prinzen Ferdinand von Sachsen und Genua und den ungarischen Kultusminister Grafen Reibelsberg.

Reichspräsident von Hindenburg, der der Feier aus Gesundheitsrücksichten nicht beiwohnen konnte, gedachte in einem Schreiben in hoher Anerkennung der umfassenden und wertvollen Arbeit des Instituts für die archäologische Wissenschaft. Der Präsident des Archäologischen Instituts, Professor Dr. Gerhard Rodenwaldt, gab in seiner Freude einen Rückblick auf die Anfänge des Instituts, das entsprechend dem internationalen Charakter der klassizistischen Epoche in Rom als internationale Organisation gegründet worden sei und dem auch Goethe und Wilhelm v. Humboldt zu Rate gestanden hätten. Daraus ergab Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort, der u. a. ausführte, die archäologische Wissenschaft sei kein Wüchlein in toten Dingen, sondern lasse den Geist lebendig werden, der hinter ihnen liege. Sie sei ein großes Erbe, an dem alle Völker zehren. Der preussische Kultusminister Dr. Reber führte u. a. aus, daß bei der Gründung des „Instituto Correspondenza Archeologica“, aus dem sich das Deutsche Archäologische Institut entwickelt habe, der deutsche Gelehrte Eduard Gerhard der wegweisende Kopf gewesen sei. Auch der deutsche Gelehrte Wiedemann habe sich große Verdienste um die Archäologie erworben. Der Hauptbeitrag des deutschen Volkes im Weltstreit der Nationen bei der Wiedereroberung und Verwertung antiker Kulturgüter sei die wissenschaftliche Fragestellung und die Kleinarbeit der Gelehrten gewesen.

Etwa 1000 Archäologen, die als Delegierte und Teilnehmer der Jahrhundertfeier des Archäologischen Instituts in Berlin weilten, besuchten am Montag das Pergamon-Museum, das, wie der Generaldirektor der staatlichen Museen, Prof. Wilhelm Voelkel, hervorhob, als bedeutendsten Schatz des pergamonischen Altertums bewahrt, das nach dem genialen Plan Alfred Meißels zugleich den kunsthistorischen Mittelpunkt bildet. Der Direktor der staatlichen Antikensammlungen, Geheimrat Dr. Wiegand, der darauf das Wort ergriff, dankte der türkischen Regierung, unter deren Schutz und Förderung die Ausgrabungen zu Pergamon erfolgt seien, und ferner der preussischen Regierung dafür, daß sie den pergamonischen Schatz eine würdige Heimstätte bereitet hätten. Diese sei zugleich das schönste Denkmal für den Entdecker des Altars, Karl Humann. In drei Sälen könne nun die Entwicklung der antiken Baukunst vom 6. Jahrhundert v. Chr. bis zum Beginn der christlichen Epoche gezeigt werden. Die Größe des Altars, dessen Front 38 Meter und dessen Höhe mehr als 10 Meter beträgt, erforderte einen Saal von ganz gewaltigen Ausmaßen. In seinen beiden Seiten schließen sich große Säle an, die es gestatteten, daß die Reste antiker Bauwerke in ganzer Höhe, nicht wie im früheren Pergamon-Museum nur im verkleinerten Maßstabe, gezeigt werden können. Das neue Pergamon-Museum wird im August 1930 endgültig seine Pforten öffnen.

Hochschule oder Übungsstätte?

Die Deutsche Hochschule für Leibübungen in Berlin, die hauptsächlich der Heranbildung tüchtiger Lehrer für Sport- und Körperpflege aller Art dienen sollte, hat die Erwartungen ihrer Besuche in mancher Hinsicht nicht erfüllt. Man hat vor allem den Bedarf an solchen hochschulmäßig ausgebildeten Lehrern für Leibübungen erheblich unterschätzt. Die Besuche der Hochschule erkannten daher sehr bald, daß ihnen nach Beendigung ihres Studiums eine befriedigende Berufstätigkeit nicht zugesichert werden kann. Die Folge war Unzufriedenheit mit dem ganzen Studiengang, die schließlich zu einem Konflikt mit dem Senat der Hochschule, und insbesondere ihrem Gründer, Dr. Diem, führte.

Es kam schließlich zu einem Streit der Studierenden, da diese erklärten, daß ein weiterer Besuch der Hochschule unter den obwaltenden Umständen aussichtslos sei. Trotzdem wird die Hochschule, die wegen des Streits geschlossen war, demnächst wieder eröffnet werden, um den Studierenden die Fortsetzung ihres Ausbildungsanges zu ermöglichen, und die Studierenden haben den Streit beendet und wollen mit dem Senat verhandeln. Es scheint jedoch, daß man bei der Errichtung dieser Hochschule als eine Hochschule ist, erhebliche Schwierigkeiten begangen hat. Vor allem war es ein Fehler, eine Hochschule zu errichten, wenn man den Studierenden noch Abfolierung der vorgeschriebenen Semester nicht eine ausreichende Versorgung durch Anstellung an staatlichen oder privaten Instituten in einigermaßen sichere Aussicht stellen konnte. In diesem Punkte wird jetzt die Reform einzusehen haben, denn es ist natürlich sinnlos, ungeübte Sportlehrer auszubilden, solange für diese keine Aufstellungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Die Lösung dieser Frage erscheint weitläufiger als die Renovation der Hochschulstatuten und die anderen Forderungen, die bei dem Streit in den Vordergrund gestellt worden sind. Eine Verstaatlichung der Hochschule für Leibübungen hat gleichfalls eine befriedigende Erledigung der Anstellungswünsche zur Voraussetzung, denn sonst würde der Staat angeführt der unbeschränkten Zulassung von Studierenden dieser Hochschule Verpflichtungen, zum mindesten solche moralischer Art übernehmen, die er voraussichtlich nicht erfüllen kann.

Der Automobilverkehr in den deutschen Großstädten

Jeder, der Gelegenheit hat, ins Ausland und namentlich nach den Vereinigten Staaten zu kommen, nimmt wahr, daß der Automobilverkehr in Deutschland hinter dem anderer Länder noch wesentlich zurückbleibt. Er ist aber auch in Deutschland in schneller Zunahme begriffen, und die Städte sind daher genötigt, in straßenbautlicher wie in verkehrspolitischer Hinsicht mit einem Verkehr von Kraftwagen zu rechnen, der sich in den nächsten Jahren nicht selten vervielfachen wird. Bemerkenswert aber ist, daß der Automobilverkehr in der Reichshauptstadt hinter dem anderer deutscher Großstädte zurückbleibt. In Stuttgart z. B. hat schon jetzt jeder 34. Einwohner ein Kraftfahrzeug, in Berlin und Hamburg dagegen erst jeder 54. Die Reichshauptstadt wird in bezug auf die Stärke des Automobilverkehrs nicht nur von Stuttgart, sondern auch von München, Chemnitz, Dresden, Nürnberg, Karlsruhe, Frankfurt a. M., Braunschweig, Ludwigshafen, Köln, Mannheim, Münster, Düsseldorf und Hannover in den Schattungen gestellt. Und selbst Leipzig, Erfurt, Mainz, Breslau, Halle und Wiesbaden haben, auf die Einwohnerzahl umgerechnet, mehr Kraftfahrzeuge als Berlin, das unter den deutschen Städten in bezug auf die Autositze erst an 23. Stelle steht.

Nicht überall nimmt der Automobilverkehr aber in schnellem Tempo zu, und die Zeit wird nicht mehr fern sein, in der Deutschland auch auf diesem Gebiet den Vorprung der westeuropäischen Länder eingeholt haben wird.

Kurze Nachrichten

Kommunistische Bewerksamte in Württemberg. Nach Meldungen aus Stuttgart hat der Bezirksparteitag der KPD, die beiden kommunistischen Landtagsabgeordneten Beder und Hammer aus der Partei ausgeschlossen und sie aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Die beiden ausgeschlossenen weigerten sich, auf ihre Mandate zu verzichten. Die kommunistische Fraktion, die über 6 Mandate verfügt — im letzten Landtag 10 Mandate —, hat damit aufgehört, eine Fraktion zu sein.

Internationaler Weinbaukongress 1929. Nachdem schon das Programm für den Internationalen Weinbaukongress in Wien ausgearbeitet und bekanntgemacht war, kommt jetzt von dort die lakonische Mitteilung, der Wiener Weinbaukongress sei wegen der großen Wintererschäden und der gegenwertigen gebürdlichen Lage der österreichischen Weinproduzenten abgefragt. Gleichzeitig erzählt man, daß offenbar ein anderer „internationaler“ Weinbaukongress vom 2. bis 28. September 1929 in Barcelona stattfindet, verbunden mit entsprechenden Ausstellungen und mit Befichtigungen der spanischen Weinbaugebiete.

Bei den Senatswahlen in Griechenland haben am Sonntag nach den letzten Feststellungen die **Benifisten** 73 Sitze und die **Opposition** 16 Sitze gewonnen. Die Kommunisten erhielten kein Mandat. Die Zuteilung von drei Sitzen steht noch nicht fest. Die Royalisten haben somit eine völlige Niederlage erlitten. Die kategorische Erklärung Benifelos, daß er demissionieren werde, wenn er im Senat nicht die Mehrheit erlange, hat den Wahlen eine Bedeutung und ein Interesse verliehen, die sie im Anfang nicht hatten.

Die Württembergische Notenbank, Stuttgart, bringt neue Noten zu 50 M datiert vom 1. August 1925, in Umlauf. Die bisher im Umlauf befindlichen Noten zu 50 M und 100 M datiert vom 11. Oktober 1924, haben nach wie vor ihre Gültigkeit.

Verband der österreichischen Hochschulen. Die Wiener Rektorenkonferenz beschloß die Gründung eines Verbandes der österreichischen Hochschulen — analog dem Verband der deutschen Hochschulen — zum Zweck der Vertiefung einer **Arbeitsgemeinschaft mit dem reichsdeutschen Verband**. Weiter wurde beschlossen, beim Unterrichtsministerium die Einleitung eines Verkehrslehres zwischen den österreichischen und den reichsdeutschen Bibliotheken anzuregen.

Schweizerischer Arbeitsmarkt. Ende März waren bei den schweizerischen Arbeitsämtern 7098 Stellenfuchende angemeldet gegenüber 8265 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Gegenüber Ende Februar ist die Zahl der Stellenfuchenden um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Mit Ausnahme weniger Industriezweige soll in keiner Berufsgruppe eigentliche Arbeitslosigkeit bestehen.

Kommunistenverhaftungen fanden in Polen und Rumänien statt. In Warschau wurden im ganzen mehr als 100 Personen verhaftet. Dabei wurden auch zwei kommunistische Geheimdruckerinnen aufgedeckt. — In Bessarabien (Rumänien) wurde ein kommunistische Verschwörung aufgedeckt. 38 Personen wurden verhaftet.

Badischer Teil

Präsident Julius Jung †

Heute, Dienstag morgen, kurz nach 5 Uhr, ist der Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden, Julius Jung, nach kurzer schwerer Krankheit im 51. Lebensjahre, unerwartet verschieden. Mit ihm ist ein hervorragender und verdienter Beamter der inneren Verwaltung unferes Landes heimgegangen.

Julius Jung war am 8. Januar 1879 in Mühlheim geboren. Nach Besuch der Gymnasien in Tauberbischofsheim und Konstanz studierte er in München, Berlin und Freiburg Rechtswissenschaft. Im Jahre 1903 wurde er Rechtspraktikant, 1907 Regierungsdirektor, 1912 kam er in das Ministerium des Innern, in welchem er 1914 als Amtmann Sekretär des Ministers des Innern wurde. 1919 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Baden ernannt, deren Leitung er am 1. Januar 1923, nachdem er inzwischen zum Regierungsrat und Oberregierungsrat ernannt worden war, übernahm.

In außerordentlich schwierigen Zeiten, die, noch unmittelbar unter den Wirklungen des Krieges und der Nachkriegszeit standen, wurde Julius Jung in den Vorstand und sodann an die Spitze der Landesversicherungsanstalt Baden berufen. Mit großer Umsicht und Tatkraft, mit sozialem Verständnis und unermüdbarer Arbeitskraft hat er hier, gestützt auf reiche Erfahrungen und Kenntnisse, an verantwortungsvoller Stelle seinem Heimatlande Baden wertvolle Dienste geleistet und die Landesversicherungsanstalt, die eine Zeitlang durch die Geldentwertung schwer geschädigt war, auf ihre heutige vorbildliche Höhe geführt. Besondere Verdienste erwarb sich Präsident Jung durch die vortreffliche Bewirtschaftung und den Ausbau der badischen Heilstätten der Landesversicherungsanstalt, sowie im Kampf um die Volksgesundheit, insbesondere um die Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und des Krebses. Ein ehrendes Andenken wird dem tüchtigen Beamten und ausgezeichneten Mann gewiß sein.

Freiherr von Bodman schwer erkrankt

Der letzte großherzoglich badische Staatsminister, Erz. Frhr. Heinrich von und zu Bodman, ist seit Neujahr an einer Nierenentzündung erkrankt. Infolge Eingriffs von Thrombose hat sich, wie aus Freiburg gemeldet wird, der Zustand des Patienten außerordentlich verschlimmert, so daß bei seinem hohen Alter — Erz. von Bodman ist 77 Jahre alt — mit dem Schlimmsten gerechnet werden muß.

Die Zeitungen in Baden

Nach dem Stand vom Jahre 1928 erschienen in Baden 103 politische Zeitungen mit einer Schätzungswert Gesamtauflage von einer halben Million Exemplaren. Nach der politischen Richtung eingeteilt steht die Deutsche Zentrumspartei mit 40 Blättern an der Spitze, es folgt die Deutsche Demokratische Partei mit 36 Zeitungen. Die Kommunisten verfügen in Baden über eine Tageszeitung. Außer den oben aufgeführten politischen Blättern erschienen in Baden noch etwa 50 parteilose Zeitungen mit insgesamt rund 140 000 Exemplaren, so daß die Gesamtzahl der badischen Blätter 153 beträgt.

Reichsbund der Zivildienstberechtigten

Der diesjährige Verbandstag des Landesverbandes Baden des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten findet am 4. und 5. Mai, vorm. 10½ Uhr, in Forstheim, Hotel Kaiserhof (Reppoldstraße) statt. Der offizielle und öffentliche Teil des Verbandstages beginnt am Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Brauhauskeller (Solzestr.). In Gegenwart der Vertreter der Behörden, von Mitgliedern des Landtages und der Presse wird ein Mitglied des Bundesvorstandes einen Vortrag über die Zivildienstverpflichtung der Angehörigen des früheren Heeres und der Reichswehr, sowie der Reichsmarine halten. Den gegenwärtigen Stand der Zivildienstverpflichtung und die sie berührenden Tagesfragen erörtern und die Staatsnotwendigkeit der Zivildienstverpflichtung eingehend begründen.

Tagung der badischen Lokomotivführer

In Offenburg fand die Tagung des Bezirks 26 (Baden) der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer statt. An den Hauptarbeiten konnten fast 90 000 RM abgeholt werden, von denen für soziale Leistungen fast 55 000 nach Baden zurückflossen. Im Nachtragsbetriebe der Reichsbahn konnten von 400 Stellen 45 für Baden herausgeholt werden. Der Vorsitzende nahm dann noch zu den aktuellen Fragen kurz Stellung. Lokomotivführer Barstein, Berlin, der sich eingehend mit der Lage der Reichsbahn und der Lokomotivführer beschäftigte, erklärte u. a., daß die nunmehr seit einiger Zeit auf den Lokomotiven als Heizer verwendeten ungelerten Arbeiter für die Sicherheit der Reichsbahn von großer Bedeutung seien. Die Kälteperiode habe unter den Lokomotivführern des Reiches große Verluste gefordert. Während sonst wöhnlich im Reide 10 bis 12 Lokomotivführer sterben, stieg die Sterblichkeitsziffer in der Kälteperiode auf wöhnlich 30 Mann. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden zur Frage der Einheitsbewegung, der Reichsbahn als Reparationsunternehmen u. a. Punkten Beschlüsse gefaßt.

Aus der badischen Industrie

Die Schmelzfabrik in Tauberbischofsheim feierte die 25. Jahrestagung der Arbeiter. Nicht weniger als 408 000 Schulbänke wurden im Laufe dieser Zeit von dem Werke hergestellt. Ergebnisse Verhandlungen im Lohnstreit der Zigarrenindustrie. Die Verhandlungen im Lohnstreit der Zigarrenindustrie im Bezirk Pfalz, die im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind ergebnislos abgebrochen worden. Ein verbindlicher Schiedspruch konnte noch nicht gefällt werden. Neue Verhandlungen wurden am 15. Mai ins Reichsarbeitsministerium einberufen.

Wiesenschmuggel an der saarländischen Grenze. Im Walde zwischen Gittersdorf und Buppried ist ein großartig ausgelegter Schmuggel mit Rembergeländestrümpfen aufgedeckt worden. Die Schmuggler kamen aus Reunkirchen im Graubünde und waren für eine Saarbrücker Firma bestimmt. Der Gesamtwert der bisher geschmuggelten Waren soll sich auf etwa eine halbe Million Franken belaufen.

Gemeinderundschau

Große Versteigerungshalle in Heidelberg. Die Erbauung einer großen Versteigerungshalle für landwirtschaftliche Produkte im Heidelberger Stadtteil Sandshausen ist jetzt von der Stadtverwaltung endgültig beschlossen worden. Die Stadt will, um die landwirtschaftlichen und Händlerorganisationen stärker zu interessieren, mit ihnen gemeinsam eine G. m. b. H. bilden. Die gesamten Kosten belaufen sich auf 140 000 Reichsmark, wovon das Reich 20 000 RM übernimmt.

Die Heidelberger Umlage. Der Stadtrat Heidelberg hat beschlossen, die Vorauszahlungen auf Gemeindesteuern für 1927 und 1928 in Höhe von 115 RM je 100 RM Steuerwert Grundvermögen, 46 RM je 100 RM Steuerwert Betriebsvermögen, 600 RM je 100 RM Steuerwert Gewerbeertrag als endgültig anzusehen und dem Bürgerausschuß entsprechende Vorlage zu machen.

Friedhofsanstellung in Weinheim. Im Rathaus zu Weinheim fand eine Besprechung statt, in welcher Professor Rinke vom Badischen Landesgewerbeamt in Karlsruhe den Plan einer Friedhofsanstellung, welche Ende Juni in Weinheim stattfinden soll, entwickelte. Neben der Anstellung von Grabdenkmälern und Grabdenkmalen wird auf dem neuen Friedhof ein Rastergräberfeld geschaffen werden.

Die Werbewoche für Leibesübungen in Forstheim. Ein besonderes Gepräge erhält die Werbewoche für Leibesübungen, die in Forstheim vom 22. bis 30. Juni d. J. stattfindet, durch die in Aussicht gestellte Mitarbeit von außerhalb der Leibesübungen stehenden Vereinen und Verbänden. Die Zahl der Festzugteilnehmer hat sich durch Werbung der Wanderer, Schwimmer, Segler, Kanufahrer und Flugpiloten auf 4000 erhöht. Da auch der Verkehrsverein, Württemberg- und Enggau-Verkehrsverband, der Einzelhandel durch einen Schaufensterwettbewerb und der Badische Sängerbund sich reiflos in den Dienst der Sache stellen, wird Forstheim in jenen Tagen sich auch als gastfreundliche Schwarzwaldburg und regsame Industrie- und Handelsstadt zeigen.

Der Bürgerausschuß Quartier beschloß, den Bau von Kleinwohnungen dadurch zu unterstützen, daß er der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Mangelnde überläßt, und eine Bürgergesellschaft gegenüber der Sparkasse für die Restsumme übernimmt. An der Bezirksbaukassenorganisation beteiligte sich die Stadt mit 100 Anteilscheinen, auch stellt sie dieser Genossenschaft das Gelände für die Erstellung einer Obstmarkthalle zur Verfügung.

Umbau einer Kaserne zu einer Mittelschule. Die Stadt Mühlheim hat eines der Mannschafthäuser der früheren Infanteriekaserne zu einer Realschule umbauen lassen. Das bisherige Schulgebäude an der Werberstraße war mit der stetig anwachsenden Schülerzahl allmählich zu eng geworden. Die ersten Anfänge der Mühlheimer Realschule gehen auf das Jahr 1735 zurück, sie wurde damals Lateinschule genannt; größere Bedeutung erlangte sie in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. An den Einweihungsfeierlichkeiten des neuen Schulhauses nahm als Vertreter der badischen Regierung Ministerialrat Armbruster vom Unterrichtsministerium teil.

Der Stadtrat Rheinfelden beschloß nach Verhandlungen mit dem Industrieausschuß über den Vorschlag für 1929/30, die Ausführung des Vorschlags bis zum 30. April 1930 unter gewissen Bedingungen fortzusetzen. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt die Verhandlungen mit dem Industrieausschuß nicht zu einem gewünschten Ergebnis geführt haben, so wird der Vorschlag dem Bürgerausschuß vorzulegen sein.

30 Jahre Stadt Singen. Dieser Tage sind es 30 Jahre, daß Singen zur Stadt erhoben wurde. Singen ist das lebendige Bild der Statistik in der Zunahme der Bevölkerung, des Wohnungsbaus, der Steuerkraft und des wirtschaftlichen Aufschwungs. Den Antrieb zu seiner Entwicklung bildeten seine kapitalträchtigen und leistungsreichen Großindustrien, die jederseit das Rückgrat des Erwerbslebens waren. Angeregt durch die günstige Grenz- und Verkehrsverhältnisse siedelte sich 1887 das Maggi-Unternehmen an, dem 1895 die Eisen- und Stahlwerke vormals Georg Fischer folgten, und 1912 die Aluminiumwerke. Da Singen jetzt rund 14 500 Einwohner zählt, wird bald die Zeit kommen, wo nach der badischen Gemeindeordnung diese Stadt — bei 15 000 Einwohnern — in neue Verhältnisse tritt, hinsichtlich Selbständigkeit, Recht usw. Schon jetzt werden Vorkehrungen dazu getroffen.

Zur Spielplatzfrage in Bilingen. Die durch das Hinarbeiten auf ein Reichs-Spielplatzgesetz gegenwärtig sehr aktuelle Spielplatzfrage ist in Bilingen weitgehend gelöst. Bei rund 14 100 Einwohnern sind 59 200 Quadratmeter Spielplatzgelände vorhanden, das heißt fast der im Gesamtumfang geforderten 3 Quadratmeter pro Kopf der Einwohnerzahl — 42 800 Quadratmeter sind es hier beinahe 17 000 Quadratmeter mehr. Darunter sind auch die Kampfsportplätze sehr günstig vertreten. Auch für die Schulen ist weitgehendes Benutzungsrecht gesichert. Dabei sind Kinderplätze und sonstige sportliche Anlagen, wie Sprungtische u. a., nicht inbegriffen.

Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr in Unterkirnach bei Bilingen. Am Sonntag schritt die Schwarzwalddemokratie Unterkirnach zur Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr, nachdem dieselbe lange umstritten war. Im Bezirk Bilingen sind noch etwa 10 Gemeinden, die zum großen Teil aus Einzelgehöfen bestehen, ohne Feuerwehr. Sie haben nur eine zivile Löschmannschaft.

Kommunales aus Waldkirch. Die Stadtgemeinde Waldkirch hat mit einem Aufwand von über 5000 RM die Blattform und die Treppe des Rathauses wiederherstellen lassen, so daß der Turm, der eine schöne Rundtür auf Kal und Gebirge bietet, seit Ostern wieder besichtigt werden kann. Auch eine elektrische Leitung ist hinaufgeführt, mittels deren nun die Schloßbeleuchtungen mit Scheinwerfern gemacht werden können. — Im neuen Baugelände am Stadtrand wird eine neue Straße als Hofstraßenarbeit gebaut mit einem Kostenaufwand von 85 000 RM. Durch sie werden 17 Baupläne erschlossen, die zu einem Preis von 4 RM an Baukosten abgegeben werden. — Die katholische Stadtkirche, ein schöner Barockbau, neben dem jetzt Schulweiden dienenden ehemaligen St. Margarethenkloster, soll durch den Staat, der die Baukosten trägt, in diesem Sommer ein neues Gewand erhalten, leider nur äußerlich, obwohl sie es im Innern ebenso nötig hätte.

Bürgermeisterwahl. In Burg bei Kirchzarten wurde einstimmig zum Bürgermeister Friedrich Wiestler gewählt. Die Frankfurter Gewerkschaften als Sängerkasse. Wie jetzt feststeht, soll für das Deutsche Sängertreffen im Jahre 1932 in Frankfurt a. M. kein Hallenbau errichtet werden, wie ursprünglich in Aussicht genommen worden war. Es ist geplant, die Gewerkschaften dazu zu verwenden, nachdem verschiedene Proben auf ihre Eignung ein günstiges Resultat ergeben haben.

Im Salinenhafen zu Schönebeck (Elbe) ist ein Elbfahrer beschlagene worden, da mit der aus Brasilien stammenden Getreidebeladung, die in Hamburg von einem Überseedampfer übernommen worden war, gefährliche Motten eingeschleppt worden sind. Erkrankungsfälle sind nicht vorgekommen.

Aus der Landeshauptstadt

Badische Hochschule für Musik

Mit Beginn des Sommersemesters hat die Badische Hochschule für Musik ihr neues Heim, das frühere Palais Büllin in der Kriegsstraße, bezogen. Wie schon kurz mitgeteilt wurde, besteht ein Hauptvorteil der Neuverlegung darin, daß sich ohne weiteres eine direkte Verbindungsmöglichkeit mit den alten Räumen des Instituts in der Sophienstraße herstellen ließ. Deshalb können nicht nur die bisherigen Räumlichkeiten weiterhin benutzt werden, sondern es wird auch erreicht, daß wenigstens der zweite Stock des jetzigen Hauses in seiner ursprünglichen Form belassen wurde. Dort befanden sich bekanntlich mehrere Repräsentationsräume, die teils zu gesellschaftlichen Empfängen und teils zu Konzertzwecken dienten. Die Stadtgemeinde will sie nun selbst bei gelegentlich kleineren festlichen Anlässen in Anspruch nehmen, außer der komplett übernommenen Einrichtung hat sie deshalb durch eine Verteilung der wertvollen Bestände der Drinnenspielführer Gemälbefammlung auf die verschiedenen Räume dafür gesorgt, daß die gesamte Raumwirkung wieder sehr wohltätig anmutet. Nur der große Konzertsaal und das anschließende sogenannte gelbe Zimmer, die zusammen annähernd 500 Personen zu fassen vermögen, sollen vorläufig der Hochschule für ihre Aufführungen zur Verfügung stehen, sie sollen aber auch, wie Herr Direktor Franz Philipp bei einer Besichtigung erklärte, nach Bedarf dem öffentlichen Konzertbetrieb zugänglich gemacht werden. Karlsruhe gelangt damit in den Besitz eines sehr würdigen und geschmackvollen Konzertsaales, was bei der Mangelhaftigkeit einiger anderer verfügbaren Säle jedenfalls sehr zu begrüßen ist.

Den eigentlichen Unterrichtszielen dienen die im ersten und dritten Stockwerk vorhandenen Räume. Die Anordnung der Rehräume scheint im ganzen recht praktisch durchgeführt und bietet der musizierenden Jugend genügend Platz zu ungezügelter künstlerischer Betätigung. Nicht zu vergessen ist noch, daß für Pausen oder gar Stunden der Erholung ihnen der schöne Garten winkt. Wie notwendig übrigens eine Erneuerung und ein teilweiser Wohnungswechsel für die Anstalt war, geht daraus hervor, daß schon jetzt sämtliche verfügbaren neuen Räume vollbesetzt sind.

Um die Karlsruher Freiwillige Feuerwehr. Die Bemühungen, die Differenzen zwischen Stadtverwaltung und Freiwilliger Feuerwehr beizulegen, sind bisher ohne Erfolg geblieben. Von den 4 Kompanien des Korps hat bis zur festgesetzten Frist kein einziger Mann kapituliert. Eine für Montagabend vom Oberbürgermeister vorgesehene Besprechung im Rathaussaal kam mangels Beteiligung nicht zustande.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Mit dem hervorragenden Filmwerk „Auferstehung“ hat die Leitung der Bad. Lichtspiele einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Der bekannte und große Roman gleichen Namens von Leo Tolstoj ist für den Film meisterhaft bearbeitet. Die tragische Handlung wird in einer Reihe von zehn spannenden Akten mit eindringlichen Bildern geschildert. In dem Mittelpunkt der Handlung stehen der junge russische Edelmann Dimitri Negludoff und das Kammermädchen Katja Maslowa. Aus dem rauschenden Leben des jungen Offiziers und seiner Liebe zu Katja formt sich der tragische Konflikt, der den Fall Katjas und die Verführung bringt. Ganz hervorragend ist die Darstellung der Katja Maslowa durch Dolores de Rio, die die fromme und fröhliche Katja ebenso glaubhaft spielt als die zweifelnde und später verkommene Dirne. Von besonderer Wirkung ist die Gerichtsszene und der Transport mit vielen Verurteilten in die Verbannung nach Sibirien. *Mad la Noque* ist ein ausgezeichnete Partner als Dimitri Negludoff. Dieser Film ist unter Mitwirkung des Grafen Ija Tolstoj, eines Sohnes des Dichters, aufgenommen, der auch eine dankbare Figur darstellt; dabei sollen die Aufnahmen aus der „Schulterstube“ mit den schönen Bildern nicht unerwähnt bleiben. Einen schönen Rahmen bietet die musikalische Begleitung — Als Ergänzung des Programms sind die interessante Opernwendenschau und ein kleiner Beifilm (Hochzeitsfeierlichkeiten in Indien) zu nennen. Das Konzerthaus hatte einen sehr guten Besuch auszuweisen. Die ganze Darbietung hinterließ einen nachhaltigen Eindruck.

Verkehrsunfälle in Karlsruhe. Am Montag ereigneten sich in Karlsruhe nicht weniger als sechs Zusammenstöße zwischen Verkehrsmitteln. Glücklicherweise aber kam nur ein Menschleben zu Schaden. In den übrigen Fällen gab es Sachschaden, und die Kollidierenden kamen mit dem Schreden davon. Ursache der Unfälle war die Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechtes.

Badisches Landesheater. Der Kollide-Abend mit „Tartuff“ und „Eganarell“ wird am Dienstag, 23. April, wiederholt. — Am Samstag, 27. April, geht als Erstaufführung die Tragödie „Oedipus“ des Sophokles in Szene. Das unsterbliche Werk des großen griechischen Tragiclers wurde von Heinz Lipmann neu überfetzt, bearbeitet und für einen Aufführungsabend eingerichtet. Es enthält die beiden Teile „Oedipus, der Herrscher“, und „Oedipus auf Kolonos“. Die Spielleitung hat Felix Baumbach. Die Titelmelodie spielt Siegan Dahlen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Ein Tiefdruckgebiet ist mit südlichem Kurs vom Nordmeer nach Südschweden gezogen. Sein die Nordsee und Dänemark umfassender warmer Sektor ist jedoch bereits allseitig von Kaltluftmassen umgeben, aus denen kümmliche Winde über den Nord- und Ostseeländern auf Verlangsamung der Zugeschwindigkeit und Verlagerung des Wirbels hindeuten. Da ferner ein Mittelmeertief sich östlich der Alpen nach Norden verlagert hat, wird es zur Ausbildung eines von Skandinavien nach dem Balkan reichenden Tiefdruckkomplexes, aus deren Weirand weitere Kaltluftmassen polaren Ursprungs aufziehen werden. Wetterausichten: Wechselnd wolfig, anhaltend kühl, westliche und nordwestliche Winde, einzelne Niederschlagschauer.

Nach Meldungen aus Wiesbaden wurde dem vor einigen Tagen wegen Ermordung der Witwe Tasse zum Tode verurteilten Arbeiter Sinowas mitgeteilt, daß die Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt sei. Daraufhin hat Sinowas an seinen früheren Rechtsbeistand ein Schreiben gerichtet, in dem er die Bitte um Vollstreckung des Todesurteils ausspricht. „Das ist ja heller Wahnsinn, so geht es in dem Brief, lebenslänglich Zuchthaus. Das soll eine Strafe sein? Darauf verzichte ich. Ich will nicht begnadigt sein!“

Am Sonntag wurde fast ganz Japan von einem Orkan heimgesucht, der ausgedehnten Schaden und zahlreiche Todesfälle verursachte. Hunderte von Häusern wurden zerstört und etwa 8000 schwer beschädigt.

Im Betrieb der Gewerkschaft Humboldt in Walkenien (Sachsen) erfolgte beim Ablösen eines Brandes im Ofenbau eine furchtbare Explosion, die sich durch fast alle Räume der Zerkleinerungs- und Schmelzwerke ausbreitete. Von den in dem Ofenraum beschäftigten Arbeitern wurden 18 verletzt, die meisten schwer. Von den Verletzten sind zwei ihren Verletzungen alsbald erlegen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hb. Mannheim, 22. April. Hier hat sich ein 16 Jahre alter Freizeitschüler in der elterlichen Wohnung der Redarstraße mit Gas vergiftet. Es ist zu vermuten, daß der junge Mann wegen des kürzlichen Ablebens seiner Mutter in den Tod gegangen ist.

Hb. Heidelberg, 22. April. Der bekannte Romanist der Universität Heidelberg, Geheimrat Professor Dr. Erik Kemmann, kann morgen seinen 75. Geburtstag feiern. Kemmann wurde in Wernemünde geboren, besuchte das Schweizer Gymnasium, studierte in Berlin und Heidelberg, promovierte 1876 und wurde Hilfsarbeiter an der Heidelberger Universitätsbibliothek. Im darauffolgenden Jahr erfolgte seine Habilitation, 1881 wurde er außerordentlicher Professor, 1882 bis 1890 war er Extraordinarius an der Universität Freiburg, 1890 erhielt er das Ordinariat in Heidelberg. Sein einziger Sohn ist im Krieg im Alter von 81 Jahren gefallen.

Hb. Heidelberg, 22. April. Drei Burschen aus dem Stadtteil Wieblingen, die gestern in nächtlicher Dunkelheit vier Burschen aus Eppelheim durch Messerstücke schwer verletzten, konnten ermittelt und verhaftet werden.

Hb. Heidelberg, 22. April. Gestern nachmittag sprang am Wismarplatz ein 49 Jahre alter Maschinenarbeiter auf einen bereits in Fahrt befindlichen Motorwagen der Straßenbahn auf. Er glitt dabei aus, kam unter den nachfolgenden Anhängerwagen zu liegen, wodurch ihm beide Beine abgefahren wurden. Gleich nach der Entlieferung ins Krankenhaus ist er gestorben.

Hb. Schwetzingen, 20. April. Die Herstellungsarbeiten am Schloß schreiten rüstig vorwärts. Es sind bereits verschiedene Arbeiten am Schloß selbst und in der Umgebung beendet worden.

*** Bruchsal, 20. April.** Ein uralter Brauch, heimisch in den pfälzischen Landen rechts und links des Rheins, im Bruchrain und Kraichgau, findet in Bruchsal seit Jahrzehnten seine besondere Pflege. Am Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, werden wieder die Sommerfesten geschwungen und Bubenmänner herumgetragen mit Sing und Sang der Jugend in den Straßen der Stadt, zeigen die Freude über den Sieg des Sommers über den Winter. Es sind Tausende von Kindern aus Stadt und Umgegend, die das Strich, Strach, Stroch, der Summerdag isch do" singend, von Musikkapellen begleitet, in großem Festzug zum Schloßhof ziehen. An Farbenfreudigkeit läßt das Bild nichts zu wünschen übrig, auch nicht an Abwechslung und echtem Humor.

Hb. Stettfeld (bei Bruchsal), 23. April. Zu dem Großfeuer, das die Gemeinde am Sonntagabend heimsuchte, ist noch zu bemerken, daß das unheimliche Element insgesamt zwei Wohnhäuser, fünf Scheunen, drei Schöpfe und drei Stallungen einäscherte. Von den Fahrnissen konnte überhaupt nichts gerettet werden. Man schätzt den Gesamtschaden auf 80 000 bis 90 000 RM.

Hb. Neustadt (Amt Bühl), 22. April. Vergangene Nacht wurde in Neustadt die 20 Jahre alte Klara Müller von ihrem Stiefvater ermordet. Die unglückliche Tat scheint eine Folge miltlicher Familienverhältnisse zu sein. Schuld findet sich in guten wirtschaftlichen Verhältnissen.

Hb. Breisach, 22. April. Die letzten warmen Frühlingstage haben am Kaiserstuhl sehr zur Entfaltung der Baumblüte beigetragen. Besonders die Kirschbäume stehen schon in voller Blüte. Es ist zu hoffen, daß das Jahr ein gutes Kirschjahre wird. Hoffentlich treten keine eisigen Nachfröste mehr ein, so daß nicht die Blüten und jungen Triebe beschädigt werden.

Hb. Offenburg, 20. April. Hier starb im Alter von 53 Jahren unerwartet rasch der Regierungsbaurat Wilhelm Straßhaus, der Vorstand des Maschinenamtes Offenburg.

Hb. Offenburg, 23. April. Die Herbstmesse findet vom 5. bis 8. Oktober statt. Sie umfaßt eine Ausstellung von Obst, landwirtschaftlichen, gärtnerischen und industriellen Erzeugnissen.

Hb. Freiburg i. Br., 23. April. Der Generaldirektor der Herderischen Verlagsanstalt in Freiburg i. Br., Philipp Dornreich, kann heute auf eine 50jährige Tätigkeit in dem Herderischen Unternehmen zurückblicken. Er wurde 1879 in das Herderische Jöglinginstitut aufgenommen, 1895 wurde er Kollektivprofurist, 1908 Einzelprofurist und 1918 Teilhaber des Verlages. 1926 erfolgte seine Ernennung zum Generaldirektor. Dornreich hat insbesondere während des Weltkrieges den großen Herderischen Unternehmungen allein vorzustehen.

Hb. Müllheim, 23. April. Heute früh gegen 1/4 Uhr brach in der mitten im Walde gelegenen Biegelhütte, in der z. B. eine Kalkbrennerei betrieben wird, Feuer aus. Während das Gebäude der Brennerei, das ausschließlich aus Holz erbaut ist, niederbrannte, konnte durch sofortiges Eingreifen der Motorspritze Müllheim das Wohnhaus und ein daneben liegender Schopf gerettet werden. Der Schaden ist erheblich. Der Betrieb muß vorübergehend eingestellt werden.

Hb. Singen a. S., 23. April. Die Ausschußmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Singen haben gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder den Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes an der Sadwigstraße beschlossen.

Hb. Landau, 23. April. Nach einer Mitteilung der Besatzungsbehörde wurden die restlichen vier Schießtage auf dem Artilleriechießgelände bei Dergheim abgesetzt. Es finden vor Abschluß dieses Jahres keine Schießübungen mehr statt. Die Besatzungsbehörde der deutschen Behörden haben demnach Erfolg gehabt.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	23. April		22. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.30	169.64	169.22	169.56
Rosenhagen 100 Kr.	112.33	112.55	112.34	112.56
Italien 100 S.	22.085	22.105	22.07	22.11
London . . . 1 Pfd.	20.451	20.491	20.449	20.489
New York . . . 1 D.	4.2135	4 1/2	4.2135	4.2215
Paris . . . 100 Fr.	16.465	1 5/8	16.46	16.50
Schwiz . . . 100 Fr.	61.125	82.05	61.105	61.265
Wien 100 Schilling	59.18	59.30	59.17	59.29
Prag . . . 100 Kr.	12.488	12.488	12.47	12.49

Banken und Börsen in Baden. Das Land Baden besitzt rd. 250 Kredit-, Effekten-, Notenbanken usw. In ihnen sind etwa 6000 Personen beschäftigt. In Baden besitzt Baden die Mannheimer und die Karlsruher Produktbörsen sowie die Mannheimer Effektenbörse. Börsenähnliche Institute sind die Freiburger Weinbörse und die Necker Börsenvereinigung.

Badische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H., Karlsruhe. Der Aufsichtsrat beschloß, an Börsen besitzt Baden die Mannheimer und die Karlsruher Produktbörsen sowie die Mannheimer Effektenbörse. Börsenähnliche Institute sind die Freiburger Weinbörse und die Necker Börsenvereinigung. Der Aufsichtsrat beschloß, aus dem ziffermäßig nicht genannten Reingewinn eine unveränderte Dividende von acht Proz. zu verteilen. Den Reserven werden 49 600 M und dem Aufwertungsreservefonds 88 600 M zugewiesen. Der Einlagenbestand erhöhte sich von 5,9 Mill. Reichsmark im Vorjahre auf 8,3 Mill. Reichsmark.

Deutsche Tabakfabrikation in Holland. Aus Amsterdamer Handelsregister wurde — der „Frank. Sta.“ zufolge — die R. B. Tabak Exploitation Compagnie „Tabaco“ eingetragen. Gründer sind die Firmen Jacob Kettner und Gebr. Heibelmann in Mannheim, Anselm Kahn in Heilbronn a. N., J. Meiß und Heinrich Jacobi in Mannheim. Das Aktienkapital der holländischen Gründung beträgt fl. 100 000, wovon fl. 20 000 platziert sind.

Staatsanzeiger

Erste juristische Prüfung im Frühjahr 1929

Auf Grund der im Frühjahr 1929 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Referendaren ernannt worden:

Actopous, Bernhard, aus Mannheim; Beck, Georg, aus Reichenau; Büchle, Otto, aus Gernsbach; Deimling, Günther, aus Durlach; Egetemeyer, Max, aus Mannheim; Eppelsheimer, Hans, aus Mannheim; Feibelmann, Paul, aus Mannheim; Fey, Ludwig, aus Heidelberg; Friedel, Arthur, aus Waldau; Fuchs, Irene, aus Konstanz; Geiler, Annemarie, aus Mannheim; Gant, Eugen, aus Freiburg; Gault, Helmut, aus Karlsruhe; Heimlich, Friedrich, aus Konstanz; Huber, Hans, aus Freiburg; Just, Edith, aus Charlottenburg; Kächer, Ruth, aus Stuttgart-Gannstatt; Kilian, Alfons, aus Mannheim; Mey, Arnold, aus Karlsruhe; Krebs, Gabriele, aus Freiburg; Küpper, Karl, aus Osnabrück; Lederte, Kurt, aus Billingen; Lehn, Karl, aus Heidelberg; Mayer, Herbert, aus Schopfheim; Müller, Karl, aus Hafffurt; Münzner, Dr. Gerhard, aus Mannheim; Prüfer, Hans, aus Groß-Röhringen; Ritter, Rudolf, aus Bad; Roth, Paul, aus Leipferdingen; Freiherr Rüdiger von Gollenberg, Otwin, aus Heidelberg; Schloffer, Alexander, aus Leipzig; Schnarenberger, Hans, aus Karlsruhe; Weber, Robert, aus Karlsruhe; Wehrle, Kurt, aus Staufen; Weiz, Walter, aus Mannheim; Witz, Paul, aus Montigny; Wolf, Albert, aus Sulzbach; Zäpfel, Kurt, aus Karlsruhe.

Karlsruhe, den 18. April 1929.
Der Justizminister:
Trunk.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Zeichenlehrer Rudolf Lang am Gymnasium hier, zum Studienrat; Hauptlehrer Wilhelm Bernauer an der Volksschule in Bircach zum Rektor dafelbst.

Zur Ruhe gesetzt am Ansuchen:
Ministerialrat Dr. Schwörer im Ministerium des Kultus und Unterrichts; Studienrat Franz Ditsch an der Bürgerschule in Wolfach.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:
Hauptlehrer August Nagel in Schwetzingen auf 1. Juli 1929. Entlassen auf Ansuchen.

Verwaltungsinспекtor Karl Leicht an der Kunstgewerbeschule in Forzheim.

Ausgeschieden gemäß Artikel 14 HPM:
Die Fortbildungsschulhauptlehrerin Frau Verta Winkelmann in Freiburg; die Hauptlehrerinnen an Volksschulen: Frau Klara Härke in Mannheim; Frau Ida Jung in Densbach; Frau Maria Meyer in Affinstadt; Frau Badette Bill in Eggenstein.

Elegante Welt. Man stellt den Frühjahrstroufeu zusammen. Die Modestimmen, die sie dabei berücksichtigen, und die für die Frühjahrsmode charakteristisch sind, gibt das neueste Heft der „Eleganten Welt“, das soeben erschienen ist, und das nicht nur auf dem Gebiet der Mode, sondern auch des Automobilsimus wertvolle Anregungen gibt. Fragen autotechnischer Art werden in interessanter Weise an Hand künstlerischer Aufnahmen und Zeichnungen behandelt, so daß dieses Heft für die passionierte Autlerin und auch für den routinierten Autler ein unentbehrliches Bademerkum darstellt. (Preis 1 RM, Verlag Dr. Gese-Exler, Berlin.)

Öffentliche Sparkasse Ruppenheim.

Geschäftsbericht auf 31. Dezember 1928.

Vermögen:		Schulden:	
	RM		RM
Hypotheken	567 945,58	Spareinlagen	1 012 447,73
Gemeindedarlehen	65 650,86	Giroeinlagen	11 715,28
Schuldenscheine geg. Bürgschaft	283 825,98	Kontokorrenteinlagen	50 871,97
Darlehen in lauf. Rechnung:		Aufwertungsbelegungen	286 577,52
a) an Girozentrl. u. Banken	15 966,75	Anlehenskapitalien	59 000,00
b) an Private	296 635,43	Anlagen in lauf. Rechnung	6 712,85
Aufwertungsforderungen	237 287,60	Aufwertungsbelegungen	20 103,96
Einnahmerückstände	33 002,60	Reinvermögen	68 065,20
Kassenvorrat	15 179,21		
Gerätschaften	1,00		
	1 515 494,51		1 515 494,51

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 075 034,98 RM Einlagen 86 002,80 RM
sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 68 065,20 RM
mithin weniger 17 937,60 RM

Ruppenheim, 22. April 1929.

Der Verwaltungsrat:
Grathwohl

Der Geschäftsführer:
Schmoll

Öffentl. Sparkasse Seelbach.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
	RM		RM
Kassenbestand	2 662,58	Spareinlagen	127 327,27
Guthaben bei Zentrale und Banken	14 675,71	Anlehensschulden	40 000,—
Darlehen gegen Hypothek	50 054,—	Gesetzl. Rücklagen	9 022,70
Darlehen gegen Schuld-schein	105 858,20	Aufw. Sparkonten	152 218,44
Einlagerückstände	6 996,60	Reingewinn	4 059,92
Inventarwert	182,50		
Aufw. Forderung	93 299,03		
Berechnungsfonto	58 919,41		
	332 628,33		332 628,33

Seelbach, den 19. April 1929.

Der Verwaltungsrat.

Wollen Sie Veränderungen in Ihrer Familie, seien es freudige oder traurige Ereignisse, Ihren Kollegen und Bekannten mitteilen, so erreichen Sie dieses durch eine Anzeige in der

Karlsruher Zeitung BADISCHER STAATSANZEIGER

Jeder badische Beamte liest sie, jede badische Staats- oder städtische Behörde nimmt davon Kenntnis

6% Goldanleihe von 1927 I

der Hauptstadt Mannheim.

Die auf 1. August 1929 fällige zweite Tilgungsrate obiger Anleihe im Betrag von 192 900 RM. ist durch Ankauf beschafft worden; eine Auslosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt.

Mannheim, den 16. April 1929. 500
Der Oberbürgermeister.

Vergleichsverfahren
O. 884. Bruchsal. Ueber das Vermögen der Firma Gustav Wader, Fittingsfabrik in Bruchsal, wurde am 22. April 1929, mittags 12 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet.
Rechtsanwalt Straus in Bruchsal wurde als Vertrauensperson bestellt.
Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf **Sonntag, den 18. Mai 1929, vorm. 9.30 Uhr,** vor das Amtsgericht Bruchsal, I. Stock, Zimmer Nr. 8.
Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst den Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle Zimmer Nr. 2 zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.
Bruchsal, 22. April 1929.
Amtsgericht IV.
Instandsetzungsarbeiten an Tunnel d. Schwarzwaldbahn zwischen Rughach und Sommerautunnel in Rofen einzeln oder zusammen öffentlich zu vergeben: Ab-

trag im Tagbau (Voreinschnitte u. Portale) Los I 1300, Los II 7500, Los III 4400 cbm Boden. Erneuerung von Tunnelwiderlagern Los I 130, Los II 290, Los III 150 fdb. m. Umbau von Portalen Los I 40, Los II 700, Los III 1000 cbm Mauerwerk u. a. Abladen in Seitenablageung Los I 1900, Los II 15 000 cbm Boden. Erneuerung einzelner Wölfe. Bedingungen und Zeichnungen beim Reichsbahnbaubüro in Freiburg (Marktplatz) einzusehen, dort auch Abgabe von Leistungsberechnungen. Führungen durch die Baustelle am 26. u. 30. April, 3. u. 7. Mai ab Bahnhof Rughach vorm. 11 Uhr. Angebote mit Aufschrift „Tunnelbauten der Schwarzwaldbahn“ verschlossen, postfrei bis längstens Montag, 13. Mai, vorm. 11 Uhr, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 5. Juni. Billigen, 19. April 29. Reichsbahnbaubeamt. O. 885



Badisches Landestheater

Mittwoch, 24. April
B 23 26.-Gem. 1101—1200

Der Wildschütz

Romische Oper von Locking
Dirigent: Schwarz
Regie: Krauß

Witwirlende:
von Ernst, Haberlorn,
Schneider, Seiberlich, Kauf-
löcher, Löfer, Schuster,
Lindemann

Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2,
Preise C (1—7 RM)

Do. 25. April, Sternengötter,
Fr. 26. April, Hans Heitung,
Sa. 27. April, Zum ersten-
mal Debus,
So. 28. April, Meisterfinger,

Zum Konzertsaal:
Der Prozess Mary Dugan,
Mo. 29. April, Nathan der
Weise,

Di. 30. April, Einmaliges
Gastspiel Curt Götz: Kris.

Colosseum

Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die große
Max-Pollini-Revue

Es ist
waslos

Gesamtausstattung
Max Weldy, Paris.